

XXIV. GP.-NR

6616 /J

15. Okt. 2010

ANFRAGE

der Abgeordneten Edith Mühlberghuber
und weiterer Abgeordneter
an die Bundesministerin für Justiz
betreffend Rückzahlung von Unterhaltsvorschüssen in den Jahren 2009 und 2010

Immer wieder kommt es vor, daß alleinerziehende Elternteile auf eine Unterhaltsvorschusszahlung vom Staat angewiesen sind. Dem vernehmen nach kommt es auch immer wieder zu Fällen, bei denen Der Unterhaltsschuldner nicht in der Lage ist, die Unterhaltsschulden zurückzuzahlen.

In diesem Zusammenhang richten die unterfertigten Abgeordneten an die Bundesministerin für Justiz folgende

Anfrage:

1. Wie viele Unterhaltsvorschussbezieher gab es im Jahr 2009 in Österreich?
2. Wie viele dieser Unterhaltsvorschussbezieher waren männlich?
3. Wie viele dieser Unterhaltsvorschussbezieher sind österreichische Staatsbürger?
4. Wie viele dieser Unterhaltsvorschussbezieher sind EU- oder EWR Staatsbürger?
5. Wie viele dieser Unterhaltsvorschussbezieher waren Asylberechtigte?
6. Wie viele Unterhaltsschuldner zahlten den Unterhaltsvorschuss im Jahr 2009 nicht zurück?
7. Wie viele Unterhaltsvorschussbezieher gab es im Zeitraum Jänner bis September 2010 in Österreich?
8. Wie viele dieser Unterhaltsvorschussbezieher waren männlich?
9. Wie viele dieser Unterhaltsvorschussbezieher sind österreichische Staatsbürger?
10. Wie viele dieser Unterhaltsvorschussbezieher sind EU- oder EWR Staatsbürger?
11. Wie viele dieser Unterhaltsvorschussbezieher waren Asylberechtigte?
12. Wie viele Unterhaltsschuldner zahlten den Unterhaltsvorschuss im Zeitraum Jänner bis September 2010 nicht zurück?

